

An den Grossen Gemeinderat

W i n t e r t h u r

Gewährung zweier Darlehen von max. Fr. 700'000.-- und max. Fr. 800'000.-- an die Biorender AG sowie Vergütung eines erhöhten ökologischen Mehrwerts

Antrag:

1. Vom Bericht über die Entwicklung der Biorender AG und die bisher geleisteten Beiträge der Stadt Winterthur wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Winterthur gewährt der Biorender AG ein Darlehen in der Höhe von maximal Fr. 700'000.- zu 2.5% Zins, rückzahlbar innert 5 Jahren, zur Tättigung der notwendigen Investitionen zur Steigerung der Biogas-Produktion. Das Darlehen wird der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens von Stadtwerk Winterthur / Gashandel belastet. Es wird nur ausgezahlt, wenn die Finanzierung der notwendigen Investitionen durch Beiträge der übrigen Aktionärinnen und Aktionäre insgesamt gesichert ist.
3. Die Stadt Winterthur gewährt der Biorender AG bei Bedarf ein zusätzliches Darlehen in der Höhe von maximal Fr. 800'000.- zu 3.5% Zins, rückzahlbar innert 10 Jahren, zur Erhaltung einer ausreichenden Kapitalbasis im Falle von Veränderungen unter den Kapitalgeberinnen und -gebern. Das Darlehen wird der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens von Stadtwerk Winterthur / Gashandel belastet.
4. Der Stadtrat wird ermächtigt, der Biorender AG zulasten der Rechnung von Stadtwerk Winterthur / Gashandel weiterhin einen erhöhten ökologischen Mehrwert zur Deckung der Kosten der Biorender AG zu vergüten. Dieser beträgt bis Ende 2014 maximal 50 Rp./kWh, bis Ende 2016 maximal 40 Rp./kWh und darüber hinaus maximal 30 Rp./kWh.

Weisung:

Zusammenfassung

Die Stadt Winterthur hat sich mit Fr. 3 Mio. am Aktienkapital der Biorender AG in Münchwilen beteiligt, welche in einem neuartigen Verfahren Biogas aus tierischen Nebenprodukten und Speiseresten herstellt. Die Entwicklung dieses Verfahrens im Grossmassstab hat sich als schwieriger herausgestellt als ursprünglich angenommen. Nach intensiven Versuchen konnte nun ein Weg zur Lösung der technischen Probleme aufgezeigt werden. Dessen Realisierung erfordert jedoch zusätzliche Investitionen. Die dafür nötigen Mittel sollen der Biorender AG seitens der Stadt Winterthur anteilmässig in Form eines Aktionärsdarlehens zur Verfügung gestellt werden. Ein zweites Darlehen soll bei allfälligen Rückzügen anderer Kapitalge-

berinnen und -geber zur Sicherung der notwendigen Finanzierung der Biorender AG verwendet werden können. Mit zunehmender Steigerung der Biogas-Produktion auf das angestrebte Niveau kann der auf den Gaspreis zugeschlagene ökologische Mehrwert zur Deckung der Kosten der Biorender AG gesenkt werden. Der Stadtrat hält daher das weitere Engagement der Stadt Winterthur bei der Biorender AG für zweckdienlich, um sich den Bezug von Biogas aus dieser ökologisch sinnvollen, einheimischen Quelle zu sichern. Mit der zunehmenden Erneuerbarkeit auch beim Energieträger Gas kann ein wesentlicher Beitrag zur Umsetzung der Ziele der städtischen Energie- und Klimapolitik geleistet werden. Stadtwerk Winterthur ist durch ein Branchenabkommen auch verpflichtet, als Treibstoff verwendetem Gas Biogas beizumischen. Für den Gasbezug von Biorender werden weder Steuergelder noch eine Erhöhung des Gaspreises benötigt.

1. Ausgangslage

Die Biorender AG ist aus einem Betrieb zur Herstellung von Tierfutter aus Speiseresten und Schlachtabfällen entstanden. Mit den verschärften Regelungen zur Verfütterung tierischer Abfälle als Folge der BSE-Krise baute Biorender als neue Verwertungsmöglichkeit der biologischen Abfälle eine Anlage für deren Vergärung zwecks Produktion von Methangas auf. Dieser Prozess zur Gewinnung von CO₂-neutralem Biogas ist der alternativen Herstellung von Tiermehl und dessen Verbrennung zum Beispiel in der Zementindustrie energetisch überlegen. Die direkte Einspeisung ins Gasnetz zur dezentralen Nutzung der produzierten Energie – anstelle etwa einer Verstromung unter Energieverlusten – ist ebenfalls vorteilhaft. In einem neueren Artikel der Sonntagszeitung (23.09.2012) bezeichnet auch die unabhängige Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt EMPA Biorender als ökologisch mustergültig

Die Stadt Winterthur ist mit einem Aktienkapital von Fr. 3 Mio. an der Biorender AG beteiligt (GGR-Nr. 2009/003). Die Städte Wil und St. Gallen halten gleiche Anteile; Schaffhausen, Uzwil, Flawil und die Erdgas Toggenburg Werdenberg AG (etwag) kleinere Beteiligungen. Private Aktionärinnen und Aktionäre (aus dem Vorgängerbetrieb) ohne Gasbezugsrechte halten rund 16% der Aktien (Fr. 2 Mio. Aktienkapital). Im geplanten Vollausbau soll Biorender rund 41 GWh Gas pro Jahr produzieren. Stadtwerk Winterthur stehen davon gemäss Aktienanteil rund 12 GWh zu (in seinem Versorgungsgebiet setzt Stadtwerk Winterthur gesamthaft rund 500 GWh Gas ab). Stadtwerk Winterthur kann sich damit langfristig Bezugsrechte an einer zukunftsgerichteten, nachhaltigen Gasproduktion sichern. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der städtischen Energie- und Klimapolitik, welche beim Gas noch weniger weit entwickelt ist als etwa beim Strom (KEV, Klimafonds, Förderbeitrag für Gebäudesanierungen etc.). Im Rahmen eines Branchenabkommens innerhalb der Gaswirtschaft ist Stadtwerk Winterthur auch verpflichtet, für die Verwendung von Gas als Treibstoff einen Anteil von mindestens 10% Biogas zu beziehen.

Schlachtabfälle und Speiseresten haben einen wesentlich höheren Energiegehalt als Grün- gut, Klärschlamm oder Jauche, der Vergärungsprozess ist aber biologisch, chemisch und physikalisch komplexer. Der Biorender-Anlage kommt mit der für diesen Zweck notwendigen neuartigen Kombination bestehender Technologien Pioniercharakter zu. Unter diesem Aspekt verwundert es nicht, dass seit Inbetriebnahme Anfang 2011 eine längere Phase für Versuche zur Optimierung der Produktionsleistung beansprucht wird. Diese wurde im ursprünglichen Businessplan jedoch klar unterschätzt, da die Pilotanlage im kleineren Massstab gut funktionierte. Insbesondere die sogenannte Ultrafiltration zur notwendigen Trennung von Fest- und Flüssigstoffen erwies sich als stark limitierender Faktor. Die möglichst breit angelegte Entwicklung von Ersatzlösungen und deren Erprobung im laufenden Betrieb ist sehr zeitintensiv und führte wiederholt zu Produktionseinbrüchen im Gesamtsystem (die auch in den kommenden Monaten noch möglich sind).

Um die Ertragslage auch bei tiefer Gasproduktion zu sichern, musste der auf den üblichen Gaspreis zugeschlagene ökologische Mehrwert (öMW) noch im 2011 auf 50 Rp./kWh erhöht werden. Die von den Aktionärinnen und Aktionären gewünschte möglichst rasche Senkung des öMW für das Jahr 2012 auf 25 Rp./kWh basierte auf der erwarteten Produktionszunahme im Laufe dieses Jahres. Die Lösung der technischen Probleme gestaltete sich jedoch schwieriger als angenommen und nahm mehr Zeit in Anspruch. Die Gasproduktion ging zwischenzeitlich noch weiter zurück, was im Laufe des Herbsts 2012 – zusammen mit der Aufkündigung einer Kreditlimite durch eine Fremdkapitalgeberin – zu einem ausserordentlichen Liquiditätsengpass führte.

Dieser konnte Ende 2012 durch verschiedene Sofortmassnahmen seitens der Aktionärinnen und Aktionäre und Geschäftspartnerinnen und -partner behoben und ein drohender Konkurs infolge Zahlungsunfähigkeit abgewendet werden (zum Beitrag der Stadt Winterthur vgl. Beantwortung der dringlich erklärten Interpellation betreffend Biorender vom 21. Januar 2013). Zudem beschlossen die Aktionärinnen und Aktionäre eine erneute Erhöhung des öMW auf 50 Rp./kWh für das Jahr 2013. Einzig die etwag – seit 2012 mit neuer Eigentümerin – als kleinste Aktionärin (Anteil von Fr. 100'000.-) war dazu nicht bereit und hat ihre Beteiligung an der Biorender AG zum Verkauf angeboten. Der Winterthurer Stadtrat sicherte die Zahlung des öMW nur bis März 2013 zu. Dann soll aufgrund einer aktuellen Einschätzung der technischen Entwicklung und der prognostizierten Gasproduktion über den weiteren öMW entschieden werden. Insbesondere soll vermieden werden, dass zusätzliche Investitionen direkt über den öMW finanziert werden.

2. Aktuelle Entwicklungsprognose

Der Finanzplan der Biorender AG basiert vorsichtshalber auf einem pessimistischen Szenario der Entwicklung der Gasproduktion im Laufe des Jahres 2013. Dabei wird von einer Steigerung von rund 20% der angestrebten Volleistung Ende 2012 auf über 50% bis Ende 2013 ausgegangen.

Das Vertrauen in die Lösung der technischen Probleme gründet in den Ergebnissen der ausführlichen Versuche, welche 2012 durchgeführt wurden, sowie in der Begleitung durch ein zusätzlich engagiertes Ingenieurbüro. Daraus konnte ein Lösungsweg zur Optimierung und Ergänzung der mangelhaften Ultrafiltration durch eine andere Technologie entwickelt werden, der nun Schritt für Schritt umgesetzt wird. Zunächst soll die Produktionsleistung der bestehenden Anlage auf rund 50% gesteigert werden. Die positive Entwicklung der Gasproduktion seit Herbst 2012 bestätigt diesen Pfad. Um im Jahr 2014 (nach rund 9 Monaten für Installation, Inbetriebnahme und Prozesseinstellung) schliesslich die volle angestrebte Gasproduktion erreichen zu können, sind ab dem 2. Quartal 2013 Investitionen in ergänzende Anlagenteile in der Grössenordnung von Fr. 2 Mio. nötig (rund 7% des gesamten Anlagewerts). Der auf einem öMW von 50 Rp./kWh für das ganze Jahr 2013 basierende Finanzplan umfasst auch diese Positionen. Den definitiven Investitionsentscheid will der Verwaltungsrat der Biorender AG spätestens im April 2013 fällen.

3. Darlehen für Investitionen und Erhalt der Kapitalbasis

Die Gewährung der beantragten Darlehen von max. Fr. 700'000.- resp. max. Fr. 800'000.- liegt gemäss § 28 Abs. 1 Ziff. 11 GO in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates. Der Zinssatz von 2.5% entspricht dem stadtinternen Satz für das Jahr 2013. Für das zweite Darlehen wird ein der längeren Frist entsprechender höherer Zinssatz von 3.5% erhoben. Die Laufzeit des ersten Darlehens von 5 Jahren eröffnet der Biorender AG eine gewisse Frist zur

teilweisen Amortisation der Investitionen und anderweitigen Finanzierung nach Erreichen eines normalen Betriebsganges. Auf der anderen Seite bindet sie die Stadt Winterthur nicht auf zu lange Zeit. Das zweite Darlehen zur Erhaltung einer ausreichenden Kapitalbasis soll im Bedarfsfall geeignet sein, zu einer längerfristig stabilen Finanzierung der Biorender AG beizutragen, und läuft daher über 10 Jahre.

Die Höhe des Darlehens von maximal Fr. 700'000.- geht vom prognostizierten Investitionsbedarf von Fr. 2 Mio. aus. Daran leistet die Stadt Winterthur einen ihrem Gasbezugsrecht entsprechenden Anteil von 29.4%. Im beantragten Maximalbetrag ist eine Reserve von rund Fr. 100'000.- berücksichtigt, falls der Investitionsbedarf gemäss definitivem Entscheid des Verwaltungsrats höher ausfallen sollte. Details zum Investitionsplan werden mit Rücksicht auf das zu wahrende Geschäftsgeheimnis bei Bedarf der Kommission Bau und Betriebe des Grossen Gemeinderats vorgelegt. Die privaten Aktionärinnen und Aktionäre ohne Gasbezugsrechte bringen keine zusätzlichen Mittel ein, werden aufgrund der Form des rückzahlbaren Darlehens dadurch aber nicht besser gestellt. Das Darlehen wird unter dem Vorbehalt gewährt, dass durch Beiträge anderer Aktionärinnen und Aktionäre insgesamt genügend Mittel für die Investitionen sichergestellt sind und diese damit getätigt werden können. Bei Erfüllung dieser Bedingung entscheidet der Stadtrat über die effektive Gewährung des Darlehens und dessen Betrag aufgrund des Investitionsentscheids des Verwaltungsrates und einer aktuellen Einschätzung der technischen und finanziellen Entwicklung.

Zwei Gesuche um Investitionsbeiträge im Rahmen von Förderprogrammen des Verbands der Schweizerischen Gasindustrie VSG und des Bundesamts für Energie sind zurzeit noch pendent. Bis zum Entscheid durch die entsprechenden Gremien können diese Beiträge nicht als gesichert erachtet werden. Das erste beantragte Darlehen ist daher als Maximalbetrag formuliert, der für die notwendigen Investitionen auch ohne diese Beiträge ausreichen würde. Sollten bis zur effektiven Gewährung des Darlehens Beiträge zugesagt werden, wird das Darlehen anteilmässig reduziert.

Das Darlehen über maximal Fr. 800'000.- soll die Handlungsfähigkeit des Stadtrats sicherstellen, im – zurzeit nicht absehbaren, aber möglichen – Fall von Rückzügen unter den übrigen Kapitalgeberinnen und -gebern einen Beitrag an eine weiterhin ausreichende Kapitalbasis der Biorender AG leisten zu können. Die Höhe des Darlehens bewegt sich in einer für die Biorender AG substanziellen Grössenordnung, würde die Verhältnisse unter den verschiedenen Kapitalgeberinnen und -gebern aber nicht grundlegend verändern. Über die effektive Gewährung des Darlehens und dessen Betrag entscheidet der Stadtrat auf begründetes Gesuch des Verwaltungsrates der Biorender AG.

Die Darlehen werden – analog zur Beteiligung am Aktienkapital der Biorender AG – der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens von Stadtwerk Winterthur / Profitcenter Gas-handel belastet und nicht abgeschrieben (Rückzahlung innert vorgesehener Frist). Eine Aufnahme der Darlehen in die Investitionsplanung der Stadt Winterthur war aufgrund der unvorhergesehenen Entwicklungen bei der Biorender AG nicht möglich.

4. Ökologischer Mehrwert

Gemäss Aktionärsbindungsvertrag vom 14. November 2008 (ABV) legt der Verwaltungsrat der Biorender AG den zur Deckung der Kosten und – erst nach der Aufbauphase – eines angemessenen Gewinns notwendigen ökologischen Mehrwert (öMW) als Aufpreis auf den jeweiligen Arbeitspreis der EGO fest. Bis zu einem öMW von 8 Rp./kWh sind die Aktionärinnen und Aktionäre zur Gasabnahme verpflichtet, darüber hinaus ist diese freiwillig. Unmittelbar nach der Startphase von Biorender zeigte sich, dass der Wert von 8 Rp./kWh angesichts der technischen Schwierigkeiten deutlich zu tief angesetzt wurde, worauf der öMW auf 50

Rp./kWh erhöht wurde. Für das Jahr 2012 wurde der Wert auf 25 Rp./kWh gesenkt, was sich aus heutiger Sicht als zu früh erwiesen hat. Für 2013 beantragte der Verwaltungsrat den Aktionärinnen und Aktionären zur Sicherung einer genügenden Ertragslage wieder einen öMW von 50 Rp./kWh.

Der im ABV enthaltene verpflichtende öMW von 8 Rp./kWh wird nach heutigem Erkenntnisstand auch langfristig als zu tief erachtet, gerechnet wird mit rund 12 Rp./kWh. Dieser Wert widerspiegelt jedoch das nach wie vor gültige Ziel einer möglichst kostengünstigen Produktion zu konkurrenzfähigen Preisen. Die Stadt Winterthur hat sich bisher bereit erklärt, gemäss ABV auch einen durch die technischen Schwierigkeiten erhöhten kostendeckenden öMW mitzutragen. Die Bereitschaft, dies weiterhin zu tun, hängt von einer laufenden Einschätzung der erzielten Fortschritte und der weiteren Entwicklungsaussichten ab. Der Stadtrat ist der Auffassung, dass diese Einschätzung in der aktuellen Situation einen erhöhten öMW von 50 Rp./kWh rechtfertigt. Als Vorsichtsmassnahme hat er die Zusage für diesen öMW aber vorerst auf das erste Quartal 2013 beschränkt. Spätestens im April 2013 wird der Stadtrat über den öMW für den Rest des Jahres entscheiden. Um die angestrebte schrittweise Senkung des öMW verbindlich zu regeln, für die nicht vorhersehbare Entwicklung jedoch den notwendigen Spielraum zu bewahren, soll mit Ziffer 4 des beantragten Beschlusses ein Maximalrahmen von 50 Rp./kWh für den öMW festgelegt werden. Ab 2015 sinkt dieser auf 40 Rp./kWh, weitere zwei Jahre später auf 30 Rp./kWh.

Die Finanzkontrolle der Stadt Winterthur hat sich anlässlich ihres Revisionsberichts zum Profitcenter Gashandel von Stadtwerk Winterthur vom 2. Februar 2012 (der in der Folge auch in der Kommission Bau und Betriebe des Grossen Gemeinderats behandelt wurde) zum erhöhten öMW geäussert. Dabei hat sie diesen als solchen nicht in Frage gestellt, jedoch grundsätzlich empfohlen, Investitionen in die technische Verbesserung nicht über den öMW, sondern beispielsweise mittels eines Aktionärsdarlehens zu finanzieren. Damit würde eine Besserstellung der nicht Gas beziehenden Privataktionärinnen und -aktionäre vermieden. Der Stadtrat teilt diese Auffassung und möchte die 2013 geplanten Investitionen in neue Anlageile nicht über den öMW finanzieren. Darum beantragt er dem Grossen Gemeinderat das Darlehen gemäss Ziffer 2. Sobald es die prognostizierte Steigerung der Gasproduktion mit der optimierten bestehenden Anlage erlaubt, soll der öMW von aktuell 50 Rp./kWh den tieferen Kosten angepasst werden. Dies dürfte bereits im Verlaufe des Jahres 2013 möglich sein. Mit dem beantragten Darlehen der Stadt und den vorausgesetzten Beiträgen der weiteren Aktionärinnen und Aktionäre sollten die notwendigen Investitionen in die Lösung der technischen Probleme vorgenommen und die Gasproduktion soweit erhöht werden können, dass der öMW spätestens auf das Jahr 2014 gesenkt werden kann.

Mit einem öMW von 50 Rp./kWh ist Biogas von Biorender rund zehn Mal teurer als importiertes Erdgas. Ein Vergleich mit Biogas aus anderen Quellen kann nur beschränkt gezogen werden. Biogas aus der Vergärung von Grüngut als bereits etablierte Technologie ist auch im längerfristigen Vergleich günstiger, jedoch mengenmässig limitiert. Weil das ebenfalls günstigere Biogas aus ausländischen Quellen nicht denselben Anforderungen der CO₂-Neutralität genügt, wurde dessen physischer Import von der Oberzolldirektion unterbunden; entsprechende Zertifikate unterstehen der CO₂-Abgabe. Der Markt für Biogas in der Schweiz ist deshalb sehr eingeschränkt. Aus diesen Gründen erscheint es Stadtwerk Winterthur und dem Stadtrat nach wie vor richtig, zur Förderung neuer, ökologisch sinnvoller Produktionsmöglichkeiten vorübergehend auch einen höheren Preis zu bezahlen. Das Preisverhältnis bei Biorender erscheint dabei anhand von Quervergleichen etwa zu erneuerbarem Strom aus Fotovoltaik oder Wind, welcher in der Vergangenheit noch wesentlich höhere Preisdifferenzen zum konventionellen Strom auswies, als gerechtfertigt. Die KEV-Einspeisevergütungen für Strom aus Fotovoltaik beispielsweise betrugen 2009 65 Rp./kWh, 2013 noch 33 Rp./kWh.

Stadtwerk Winterthur trägt den öMW über den Gaseinkauf. Beim gemäss ABV vereinbarten anteilmässigen Gasbezug von Biorender durch Stadtwerk Winterthur von voraussichtlich 4.5 GWh im Jahr 2013 entspricht der beantragte öMW von 50 Rp./kWh einem Betrag von Fr. 2.25 Mio. Der über den ursprünglichen Prognosen liegende öMW wird dabei im Totalbetrag durch die tiefere Gasmenge teilweise kompensiert. Die negative Budgetabweichung kann über die Betriebsreserven des Gashandels gedeckt werden und führt zu keinen Preiserhöhungen für die Gaskundschaft. In den Jahren 2011 (Inbetriebnahme der Biorender) und 2012 hat Stadtwerk Winterthur bisher rund Fr. 2.6 Mio. an öMW bezahlt (davon rund Fr. 2.1 Mio. für den öMW über 8 Rp./kWh hinaus).

5. Weiteres Vorgehen

Kommen durch die beantragten Darlehen und Beiträge weiterer Aktionärinnen und Aktionäre die für die geplanten Investitionen und allfällige Umstrukturierungen in der Kapitalbasis notwendigen Mittel zusammen und sind die Aktionärinnen und Aktionäre weiterhin bereit, auf ihre Gasbezüge den zur Deckung der Kosten nötigen öMW zu leisten, verfügt die Biorender AG über eine ausreichende Finanzierung für die Lösung der technischen Schwierigkeiten und die weitere Entwicklung des Betriebes. Bis Ende 2013 scheint dies anhand der bereits gemachten Zusagen der Aktionärinnen und Aktionäre gewährleistet zu sein. Die Städte Wil und Winterthur haben ihre Zusagen jedoch vorderhand befristet. Nur wenn auch diese auf das ganze Jahr 2013 ausgedehnt werden, sind die übrigen Aktionärinnen und Aktionäre zu ihren Leistungen bereit.

Spätestens Ende 2013 wird eine neue Beurteilung der Lage durch die Aktionärinnen und Aktionäre nötig sein. Gemäss Entwicklungsprognose sollte dann mit fortschreitender Steigerung der Gasproduktion ein tieferer öMW für das Folgejahr beschlossen werden können. Der Stadtrat und seine Vertretung im Verwaltungsrat der Biorender AG werden aufgrund der effektiven Entwicklungen bei Biorender und auf dem Biogasmarkt allgemein zu jedem Zeitpunkt die Vor- und Nachteile der Beteiligung der Stadt Winterthur abwägen und sich im Fall einer langfristig negativen Einschätzung Gedanken über einen geeigneten Ausstieg machen. Die Bedingungen für das Eintreten eines solchen „Exit“-Szenarios können aus heutiger Sicht jedoch nicht vordefiniert werden.

Sollte der Beitrag der Stadt Winterthur an der weiteren Finanzierung der Biorender AG gemäss vorliegendem Antrag nicht zustande kommen, ist aufgrund des Stellenwerts der Stadt als einer der drei Hauptaktionärinnen damit zu rechnen, dass die benötigten Mittel nicht anderweitig beschafft werden können. Der Fortbestand der Biorender AG wäre damit ernsthaft in Frage gestellt. Sowohl im Falle einer Liquidation als auch einer Übernahme durch eine neue Trägerschaft wäre davon auszugehen, dass das eingebrachte Aktienkapital zumindest grösstenteils verloren wäre. Angesichts der nach wie vor viel versprechenden Aussichten würde es der Stadtrat bedauern, das bisherige Engagement der Stadt Winterthur bei der Biorender AG aufgrund eines durch den Pioniercharakter der Anlage nachvollziehbaren zusätzlichen Kapitalbedarfs zunichte zu machen.

Ergänzung zur Diskussion im Grossen Gemeinderat vom 25. Februar 2013 anlässlich der Beantwortung der dringlich erklärten Interpellation M. Wenger (FDP), D. Oswald (SVP) und B. Meier (GLP) betr. Biorender (GGR-Nr. 2013-002):

Risikobetrachtung und Ausstiegsszenarien zum Engagement an der Biorender AG

Zur optimalen Verteilung des Risikos hatte die Stadt Wil (SG) als Initiantin des Projektes schon längere Zeit vor der Projektierungsphase nach geeigneten Partnerstädten mit eigenen Gasversorgungen Ausschau gehalten. Dies um das eigene Risiko bereits in der Gründungsphase einzugrenzen. Aus demselben Grunde entschieden sich Ende 2008 die Städte St. Gallen und Winterthur erst nach gegenseitiger Konsultation, sich zu gleichen Teilen ebenfalls am Projekt zu beteiligen und entsprechende Parlamentsanträge zu stellen. Die vorberatenden Kommissionen in allen drei Parlamenten konnten sich vor ihren jeweiligen Entscheiden sowohl externe Befürworter/innen als auch dezidierte Kritiker/innen des Projektes Biorender anhören. Die Risikosituation bei Projektstart war – soweit in diesem Stadium überhaupt exakt ermittelbar – schon damals aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln beurteilt worden.

Bereits Ende 2008 war auch klar, dass gegenüber den technischen Risiken einer Neuanlage, welche in dieser Form in Europa bisher noch nicht realisiert worden ist, die grosse Chance einer deutlichen Steigerung der einheimischen Biogasproduktion in Form der derzeit grössten Biogasanlage in der Schweiz zu würdigen war. Die aktuelle Situation bei Biorender ist weiterhin durch technische und politische Risiken gekennzeichnet. Seit November 2012 hat sich aber die Risikosituation auf der technischen Seite deutlich entschärft: Die Gasproduktion konnte innert weniger als zwei Monaten massiv gesteigert werden. Es ist nach wie vor offensichtlich, dass sich die beiden Risikoaspekte wegen ihrer finanziellen Auswirkungen gegenseitig stark beeinflussen. So ist auf der Seite der politischen Risiken eine gewisse „Entsolidarisierung“ zu befürchten, insbesondere nachdem die Erdgas Toggenburg Werdenberg AG den Verkauf ihres (kleinen) Aktienpaketes in Aussicht gestellt hat. Der Verwaltungsrat der Biorender AG hofft nun, dass im Besonderen nach den markanten Verbesserungen auf der technischen Seite ein erneuter Schulterschluss unter den sechs verbleibenden gasverteilenden Aktionärinnen möglich wird.

Unter benachbarten (und befreundeten) Städten sollten mögliche Ausstiegsszenarien nur sehr sorgfältig und stets im gegenseitigen Vertrauen vorbereitet und wenn immer möglich einstimmig den übergeordneten Gremien unterbreitet werden. Denkbar – und im Aktionärsbindungsvertrag vorgesehen – wäre aber auch der (einseitig beschlossene) Verkauf von Aktien und damit der Rücktritt von Bezugsrechten für Biogas, respektive von Zahlungspflichten für den ökologischen Mehrwert. Fraglich ist derzeit jedoch, welcher Preis für diese Aktien bezahlt würde – falls sich Käufer/innen finden liessen. Als solche in Frage kämen allenfalls grössere Firmen aus der Energie- oder aus der fleischverarbeitenden Branche. In beiden Fällen wäre aber nicht völlig auszuschliessen, dass es zu einer Prüfung durch die Wettbewerbskommission wegen einer zu starken Monopolbildung, sei es bei der Rohwarenerverwertung oder bei der Biogasproduktion in der Nordostschweiz, kommen könnte. Überdies hatten erste entsprechende Gespräche ergeben, dass eine Beteiligung eines Grossaktionärs an Biorender fast zwangsläufig zu einer erheblichen Einbusse an Autonomie auch bei der Bestimmung des künftigen Preises für Biogas führen würde.

In Anbetracht, dass auch die technische Situation dazu führen könnte, dass Biorenderaktien bald wieder attraktiver sein werden, scheint es daher zielführender, unter ähnlich grossen, gasverteilenden Städten nach neuen Aktionärinnen zu suchen. Damit wäre ein solidarisches Weitertragen der Biorender unter gleichgesinnten Aktionärinnen eher gewährleistet. Erste Gespräche mit dieser Stossrichtung sind ebenfalls bereits mit bisher drei Städten aufgenommen worden.

Um die technische und die finanzielle Risikofrage laufend neu beurteilen zu können, wurden für die Gasproduktion sowohl ein technisch-realistischer als auch ein tieferer (entsprechend pessimistischer), finanziell aber gemäss aktualisiertem Finanzplan noch tragbarer Steigerungspfad definiert. Dieser Steigerungspfad sieht vor, dass gegen Ende 2013 deutlich über 50 Prozent der geplanten Sollleistung erbracht werden sollten. Der in Wochenabschnitten bis Ende 2013 definierte Pfad erlaubt es dem Verwaltungsrat, zeitnah die effektive Produktion mit den vorgegebenen unteren und oberen Limiten zu vergleichen und somit ebenfalls recht kurzfristig die notwendigen Entscheide über den weiteren Ausbau oder einen Ausbaustopp zu fällen.

Der Verwaltungsrat der Biorender AG war sich jederzeit der technischen und der politischen Risiken bewusst und war in bisher über 60 Sitzungen stets bestrebt, rasch die wichtigen Entscheidungen unter Berücksichtigung der jeweiligen Produktions- und Liquiditätssituation zu fällen.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Vorsteher des Departements Technische Betriebe übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder